



Philipp Rösler wurde 1973 in Khánh Hu'ng/Vietnam geboren. 1992 Abitur; Wehrdienst als Sanitätsoffiziersanwärter; 1993–1999 Studium der Humanmedizin an der Medizinischen Hochschule Hannover, Facharztausbildung im Bundeswehrkrankenhaus Hamburg; 2001–2003 Arzt und Sanitätsoffizier; 2003–2009 Mitglied des Niedersächsischen Landtages; 2003–2009 Vorsitzender der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag. 2009 Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und stellvertretender Ministerpräsident in Niedersachsen. 2009–2011 Bundesminister für Gesundheit. Seit Mai 2011 Bundesminister für Wirtschaft und Technologie.

Dr. Philipp Rösler

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

„Deutschland muss auf Wachstumskurs bleiben“

Zunächst einmal vielen Dank für die Einladung und die Ehre, dass ich nunmehr vor Ihnen, dem Übersee-Club, sprechen darf. Es ist deutschlandweit bekannt: Der Übersee-Club findet seine Verankerung in der Hamburger Kaufmannschaft. Der Horizont all seiner Mitglieder, all seiner Gäste reicht weit über die deutschen Landesgrenzen hinaus. Welt-offenheit und Toleranz zeichnen alle Bürger und Bürgerinnen der Freien und Hansestadt Hamburg aus. Und auch das Wirtschaftliche ist von besonderer Bedeutung hier in dieser Stadt. Deswegen ist es für mich eine große Ehre, dass ich heute Abend hier sein kann. Dr. von Foerster hat ja mein Leben schon beschrieben. Mit einer kleinen Änderung würde ich das einfach so passieren lassen: Ich bin zwar adoptiert, ja richtig, von Sigrid und Uwe Rösler, aber mein Vater legt ungemein Wert darauf, dass er Hamburger ist. Das gibt er nie auf. Er hat bis zum Schluss immer einen Hamburg-Aufkleber an seinem Auto gehabt, und ich freue mich daher besonders, heute hier zu sein.

Der Wunsch war ein Vortrag zu dem Thema „Deutschland muss auf Wachstumskurs bleiben“. Das Wachstum im Jahre 2010 war hervorragend: 3,6%. Als Wachstum für 2011 erwarten wir 2,9%. Anders als in anderen Staaten in der Welt wirkt sich das Wachstum auch positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 20 Jahren, unter 3 Millionen Arbeitssuchende, und wir haben die höchste Zahl an Erwerbstätigen, die wir jemals in Deutschland hatten. Gehälter und Löhne steigen. Eigentlich kann man sagen: Deutschland geht es gut. Und trotzdem: Wenn man sich mit den Menschen unterhält, dann hat man nicht das Gefühl, es würde jetzt der Optimismus das vorherrschende Gefühl in Deutschland sein, sondern ganz im Gegenteil, es gibt eine gewisse Verunsicherung ob der Zukunft. Und diese Verunsicherung hat durchaus Folgen, auch für die Politik, und natürlich auch für die Tagespolitik. Sie führt nämlich dazu, dass die Menschen aufgrund der Verunsicherung so etwas suchen wie Orientierung. Kein ganz leichtes Feld, in einer komplexer werdenden Welt Orientierung zu vermitteln.

Die Wachstumserwartung für das nächste Jahr mussten wir korrigieren. Es war Anfang des Jahres 2011 im Mai in der Schätzung für 2012 die Zahl 1,8 % zu lesen. Das haben wir reduziert auf jetzt 1%. Die Hauptbegründung ist die Unruhe auf den Finanzmärkten, wiederum begründet durch die Unruhen in der Euro-Zone. Die erste Aufgabe, wenn man Deutschland auf Wachstumskurs halten will, ist also, dass man sich dieser Frage annimmt. Das ist nicht die einfachste Frage, aber es ist die entscheidende, denn sie zeigt, wie sehr die europapolitische Debatte nicht nur Europa-Politiker, sondern eben auch Wirtschafts- und Finanzpolitiker mit beschäftigen muss.

Denn die eigentliche Gefahr liegt nicht in den Wachstumswerten. Ich wage die These: Wenn die Menschen das Vertrauen verlieren in unser aktuelles Wirtschaftssystem, nämlich in die soziale Marktwirtschaft, weil sie sich Sorgen machen und nach Orientierung suchen, dann ist das doch viel gefährlicher, als wenn man den Wachstumswert von 1,8 auf 1,0 reduziert. Zunehmend haben die Menschen das Gefühl, als würden

sie durch ihrer eigenen Hände Arbeit nicht mehr in der Lage sein, ihren eigenen Wohlstand, ihr eigenes Glück für sich und ihre Familie erwirtschaften zu können, und deswegen stellen sie zunehmend unser System, nämlich die soziale Marktwirtschaft, infrage. Was doppelt gefährlich ist für die Wirtschaft, aber ich füge hinzu, auch für die Gesellschaft, denn für Liberale ist das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft ein Wirtschaftssystem, ein Ordnungssystem für die Wirtschaft, aber weit darüber hinaus eben auch ein System für die Gesellschaft. Das ist eine Haltung, ein Grundwert, den es gerade jetzt in schwierigen Zeiten zu verteidigen gilt. Und das heißt in Bezug auf Europa, hier muss noch vielmehr als bisher wieder ordnungspolitische Vernunft einkehren.

Es gibt zwei große Ursachen für die Krise unserer gemeinsamen Währung, des Euro. Eine Ursache ist die Verschuldung in einzelnen europäischen Staaten weit über das vernünftige Maß hinaus. Und das Zweite ist die fehlende wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, um jemals diese Schulden auch nur in Ansätzen wieder abbezahlen zu können. Und beides in Kombination führt dazu, dass unsere Währung insgesamt ins Wanken gerät. Und wenn das die beiden Ursachen sind, dann ist es vollkommen richtig, alles dafür zu tun, diese Ursachen zu bekämpfen. Deswegen ist es das Erste, dafür zu sorgen, dass die Staaten ihre Schulden-situation in den Griff bekommen. Und das Zweite, dass diese Staaten, aber auch alle anderen Staaten in der Euro-Zone, möglichst auch in Europa, nicht wieder diesen Fehler machen: in überbordende Staatsverschuldung hineinzugehen. Und deswegen ist es wichtig, dass wir uns als Deutschland, als Bundesregierung auf europäischer Ebene für die Aufnahme von Schuldenbremsen in allen europäischen nationalstaatlichen Verfassungen einsetzen, damit eben der Weg in die Verschuldung für alle zukünftigen Generationen versperrt bleiben kann. Und als Zweites müssen wir alles dafür tun, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit in den einzelnen Staaten zu verbessern.

Das ist jetzt eine noch schwierigere Aufgabe als das Thema Schuldenbremse. Wir waren ja mit einer großen Wirtschaftsdelegation in Griechenland und die Unternehmerinnen und Unternehmer haben dann in der Nachlese der Reise ihre Erfahrungen berichtet. Im politischen Raum würde man sagen, es war durchwachsen, also nicht ganz einfach. Im Prinzip weiß man gar nicht, wo man anfangen soll. Man muss ja eine vernünftige Struktur haben, auf der man aufbauen kann, so etwas wie eine Treuhand müsste man diskutieren auch für Griechenland, das erlaube ich mir an dieser Stelle mal zu sagen, denn wie wollen Sie 50 Milliarden Privatisierungserlöse realisieren, wenn Sie kein vernünftiges Katasterwesen haben. Wenn Sie nicht wissen, wem was gehört, können Sie es schlecht verkaufen, also privatisieren. Schwierige Situation, und deswegen ist es richtig, dass wir alles dafür tun, gemeinsam mit der Europäischen Kommission, mit den europäischen Partnern, erst mal Strukturen auf den Weg zu bringen, Verwaltungsstrukturen, danach Wettbewerbsstrukturen, um die Wettbewerbsfähigkeit zum Beispiel Griechenlands zu verbessern. Das sind die groben Linien der Bundesregierung auf europäischer Ebene. Wir brauchen dazu noch einen permanenten Test dieser Wettbewerbsfähigkeit. Und wenn es einzelnen Staaten nicht gelingt, diesen Test zu bestehen, dann brauchen wir harte Sanktionsmaßnahmen – automatisch, die also nicht von Politik übersteuert werden können. Und die fangen an bei einfachen Dingen, wie Entzug von europäischen Geldern, gehen dann aber weiter bis hin zu der Frage Entzug von Stimmrechten oder aber auch in Richtung eines geordneten staatlichen Insolvenzverfahrens.

Denn wenn ein Staat nicht mehr in der Lage ist, aus eigener Kraft seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit herzustellen, wir ihn aber gleich-

zeitig in der Euro-Zone halten wollen, dann müssen wir alles dafür tun, dass er eben wieder wirtschaftlich leistungsfähig wird, und das bedeutet, zu Umstrukturierungen zu kommen. Und das ist genau das, was momentan auf europäischer Ebene vereinbart wurde.

Ich bedaure das übrigens sehr, dass die Annahme auf griechischer Seite noch zu optimieren ist. Ich habe erhebliche Schwierigkeiten, Sie hatten das angedeutet, in meiner Partei für Akzeptanz zu sorgen, wenn es um solche Maßnahmen geht. Ich finde es auch durchaus verständlich. Viele von Ihnen stellen sich die Frage nämlich auch. Die deutsche Bevölkerung fragt nicht, ob wir Griechenland helfen wollen, aber die Griechen diskutieren, ob sie die Bevölkerung fragen, ob man ihnen helfen kann. Das versteht nicht jeder. Und das macht es der Politik dann so schwer, in den eigenen Reihen für die notwendige Akzeptanz zu sorgen. Trotzdem will ich hier keinen Zweifel daran lassen: Es gibt zu dem eingeschlagenen Weg eigentlich keine Alternative, denn wir können Europa nicht auseinanderfallen lassen. Bei all dem, was wir machen, darf man niemals den Fehler machen, populistischen Aussagen zu folgen nach dem Motto, na wenn die nicht wollen, dann dürfen sie nicht, dann fliegen sie raus und alles ist gut. Abgesehen davon, dass das wirtschaftspolitisch fatal wäre, darf man es auch nicht europapolitisch zulassen. Und deswegen klar proeuropäische Ausrichtung. Sie hatten nach den Antworten des Liberalismus ja gerade gefragt, und Liberalismus heißt, auf komplexe Fragen differenzierte Antworten zu finden, aber niemals platte oder plumpe oder gar populistische Antworten. Deswegen gibt es aus meiner Sicht zu einer klar europäischen Ausrichtung mit der notwendigen wirtschaftspolitischen Vernunft keine Alternative. Und das ist genau die Position der Bundesregierung.

Und weil Sie meine Chefin schon angesprochen haben, die Frau Bundeskanzlerin, will ich ausdrücklich festhalten, dass ich das immer schade finde, dass sie in der Innenpolitik nicht so positiv wahrgenommen wird wie außerhalb Deutschlands. Ich weiß zwar, dass der Prophet nichts zählt im eigenen Lande, aber deswegen will ich ausdrücklich festhalten: Das, was die Bundeskanzlerin macht, manchmal auch sehr alleine gegen alle anderen europäischen Staaten, und zwar wirklich alle anderen europäischen Staaten, und das, was sie durchsetzt, setzt sie ausdrücklich durch im Interesse Deutschlands und im Interesse eines vereinigten Europas. Und das muss man an dieser Stelle auch würdigen dürfen, auch wenn man zufälligerweise Vorsitzender einer anderen Partei ist als Angela Merkel. Aber ich glaube, es lohnt sich, genau darauf hinzuweisen. Denn nur mit gestärktem Rücken wird sie in der Lage sein, die deutschen Interessen und die europäischen Interessen auch in Zukunft weiter umsetzen zu können.

Aber was heißt das dann für die Innenpolitik? Ich glaube, dass wir Europa, wenn wir geschlossen diese Position vertreten, am Ende so stark machen, dass wir, wenn wir dann durch die Krise durchgekommen sind, die stärkste Währung weltweit besitzen. Denn auch die anderen Währungen, auch die große Weltreserve-Währung, haben ihre Schwierigkeiten, Inflation und andere Themen, und das wird sich dann erst zeigen, wenn man wieder eine stabile Währung wie den Euro hat.

Wir konzentrieren uns derweil nicht nur auf die Euro-Rettung, Stabilisierung, sondern eben auf die Verstetigung des Wachstums im Inland. Es geht um das große Thema Ressourcen. Es geht im Weiteren um Bildung, Forschung, Innovation. Und zum Dritten um neue Märkte, neue Chancen.

Für die Industrie bedeuten Ressourcen zunächst einmal Rohstoffe. Ich fand es bemerkenswert, als die Libyen-Krise begann. Da konnte man in den Zeitungen lesen, dass circa 600 Deutsche in Libyen gewesen

sind, aber glücklicherweise dank der Bundesluftwaffe sicher ausgeflogen wurden. Und damit wurden alle Deutschen aus Libyen evakuiert. Und zeitgleich, konnte man nachlesen, waren noch 20.000 Chinesen in Libyen und haben auf ihre Ausreise gewartet. Das heißt, während wir nur 600 Deutsche in Libyen hatten, waren zeitgleich 20.000 Chinesen in Libyen. Und die waren dort nicht aus touristischen Gründen, sondern die hatten ein klares Ziel, eine klare Vorgabe ihrer Regierung, ihrer Politik. Die sollten sich nämlich um die Rohstoffmärkte kümmern, die Rohstoffmärkte von heute und die Rohstoffmärkte der Zukunft. Es gehört auch zur Wirtschaftspolitik dazu, international für seine Industrie das Thema Ressourcen mitzubeachten und gemeinsam mit anderen wichtigen europäischen und weltweiten Staaten zu Rohstoffpartnerschaften zu kommen. Das braucht man zur Verstetigung des Wachstums. Das sind nicht immer schöne Themen, aber es gehört mit zu einer guten Wirtschaftspolitik, das ist auch ein Stück weit Industriepolitik, und Industriepolitik hat nun manchmal den Nachteil, dass man nicht nur die schönen Dinge des Lebens macht. Wenn ich für die schönen Dinge des Lebens allein hätte zuständig sein wollen, dann wäre ich Wissenschaftsminister in Niedersachsen geworden. Dann wäre ich für die Museen zuständig gewesen, Kunst, Kultur, eben für das Schöne. Ich bin aber Wirtschaftsminister, also für die Industrie-Politik zuständig, für das, was stinkt, riecht, schmutzig ist, aber genauso wichtig ist wie viele andere Felder, die ganz schick sind, etwa Umwelt-Technologien. Aber ich sage Ihnen, ohne klassische Industrie, Chemie, Stahl, Aluminium, wird man auch keine neuen umweltfreundlichen Produkte im Bereich der Elektro-Mobilität oder Windräder produzieren können. Auch das gehört zur industriepolitischen Wahrheit mit dazu und zur Aufgabe eines Bundesministers für Wirtschaft und Technologie.

Und das zweite große Thema bei Ressourcen ist der Bereich Fachkräfte sichern. Es geht zunächst einmal um die Sicherung der inländischen Fachkräfte, die Nutzung des inländischen Potenzials, das wir haben. Also derjenigen Menschen, die wir gut ausbilden von Ihren Steuergeldern, die dann aber zum Beispiel – weil sie in der Elternphase sind – aus dem Berufsleben aussteigen, meist einer von beiden, und machen wir uns nichts vor, es ist ganz häufig die Frau. Das ist – ich sage es ganz offen – eine volkswirtschaftliche Verschwendung. Und deswegen muss man das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur aus dem Gesichtspunkt der Gleichstellung betrachten, sondern natürlich auch aus dem Gesichtspunkt der Fachkräftesicherung. Wir können es uns auf Dauer gar nicht leisten, die gut ausgebildeten jungen Menschen zu lange aus dem Beruf herauszuhalten, deswegen gehört Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit zur Verstetigung des Wachstums dazu, weil es eben die Fachkräfte, die wir haben, die es schon gibt, die Sie ausgebildet und bezahlt haben, eben tatsächlich sichert und im Berufsleben selber hält. Da haben wir noch ein bisschen Nachholbedarf, nicht nur beim Krippenausbau – das war in der Zeitung zu lesen –, sondern vor allem was die Frage flexible Kinderbetreuung angeht. Meine Frau, das wurde schon dankenswerterweise angesprochen und man soll nicht mit tragischen Einzelschicksalen kommen, hat als Ärztin natürlich auch Schichtdienst und dann kommen Sie mit den normalen Öffnungszeiten nicht so gut zurecht. Und als meine Frau gesagt hat, na ja sie möchte gern halbtags arbeiten, weil ihr Mann unter der Woche auf Montage in Berlin ist und da muss man ja irgendwie die Kinderbetreuung organisieren, da hat der Chef gesagt: Ja klar können Sie bei uns halbtags arbeiten – zwei Wochen arbeiten, zwei Wochen nicht arbeiten. Das ist nicht das, was mit optimaler Kinderbetreuung in Einklang zu bringen ist. Wenn Sie also Fachkräfte suchen, gucken Sie sich Ihre guten

Frauen an und versuchen Sie, die möglichst zu halten, indem Sie gute Kinderbetreuungsangebote vielleicht auch mit anderen Unternehmen gemeinsam vorhalten.

Und das, was für junge Eltern gilt, gilt auch für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es ist doch eine Verschwendung betriebswirtschaftlich, wenn man die Mitarbeiter aus dem eigenen Unternehmen vielleicht mit 55 oder 60 entlässt, denn dann entlassen Sie ja gerade diejenigen, die klug sind, die das Unternehmen, die Branche kennen. Und es ist volkswirtschaftlich dann genauso eine Verschwendung. So ein bisschen ist das wie in der Politik: ein Generationenmix. Es heißt ja, die neuen Besen kehren gut, aber die erfahrenen Besen wissen immer noch besser, wo sich der Schmutz befindet. Und deswegen ist es gut, einen solchen Generationenmix in der Politik zu haben, das haben wir verstanden, aber auch die Unternehmen selber. Und besonders dankbar bin ich Ihnen, dass Sie sich in den Unternehmen allesamt gerade in den letzten beiden Jahren stark dafür gemacht haben, gerade die bisher ausbildungsschwachen Jugendlichen mitaufzunehmen, ihnen einen Ausbildungsplatz und damit eine Chance auf einen Arbeitsplatz zu geben. Ich weiß, wie schwierig das ist, wenn man in dem Unternehmen ist. Das ist übrigens das Hauptthema bei der Diskussion zur Fachkräfte-Sicherung: die Ausbildungsfähigkeit junger Menschen. Das ist eine Sache von Bildungspolitik, und da bin ich wirklich froh darüber. Ich habe zwar viele schwierige Ämter, Sie haben sie nett angesprochen, aber ein richtig schwieriges Amt ist das des Kultusministers. Aber trotzdem gehört das auch mit zur Wirtschaftspolitik dazu.

Ich selbst bin hier in Hamburg eingeschult worden und bin dann nach Hause gekommen und habe meinem Vater ganz stolz erzählt: „Du, Papa, ich muss jetzt gar nicht mehr Mathematik lernen.“ Mein Vater, Berufssoldat, Mitglied der FDP, aber in dieser Frage herzlich wenig tolerant: „Wieso musst du nicht Mathematik lernen? Deine beiden Schwestern sind hervorragend in Mathematik zurechtgekommen.“ – Offiziell. Meine beiden Schwestern sind nie gut in Mathematik gewesen, jetzt kann ich es ja sagen. – Ich habe gesagt, es gibt etwas viel Besseres, nämlich Mengenlehre. Sie kennen das auch, klar. Hamburg. Da lernt dann ein junger Mensch, wenn fünf Leute in einem Raum sind und sieben Leute den Raum verlassen, müssen zwei reinkommen, damit keiner mehr drin ist. (Applaus) Hier wird noch nachgerechnet. Ich seh schon. Übrigens so kommt dann das Geschäftsmodell Leerverkäufe zustande. Ich komme gleich noch dazu. Aber in der Tat ist es so, wir bilden als FDP auch aus. Und wenn ich dann die jungen Menschen in den Einstellungsgesprächen frage, also einfache mathematische Fragen stelle, so wie: 10 Leute sind in einem Raum und zwei gehen raus, wie viel Prozent sind das? Dann ist das wie sonntagabends bei Herrn Jauch: viele Antworten, nur nicht die richtige. Eine junge Dame hat wenigstens mal geraten: He, ich bin bei der FDP, dann sind das bestimmt 5%. Wir arbeiten dran. Aber damit ist doch klar, wir müssen uns in der Bildungspolitik auf die Grundfähigkeiten und Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen und auch Auswendiglernen konzentrieren, und wenn wir auch Dreisatz können und Prozentrechnung, dann klappt es auch mit der Ausbildungsfähigkeit.

Und deswegen: Ressourcen heißt zunächst einmal, sich auch um Bildungspolitik zu kümmern. Ich bedauere ausdrücklich, dass es am Wochenende nicht gelungen ist, am Kooperationsverbot zu rütteln. Aber was zumindest gelungen ist, und das ging ein bisschen unter, ist, dass wir mehr Durchlässigkeit fordern zwischen den Bundesländern. Wenn Sie nämlich Fachkräfte bekommen wollen und Sie haben junge Eltern, wissen Sie, was die sich oft für eine Frage stellen? Die stellen sich die

Frage, kann ich überhaupt von Niedersachsen nach Hamburg ziehen oder muss ich mir Sorgen machen, dass meine Kinder ein Schuljahr wiederholen müssen, nur weil die Fremdsprache vielleicht in Hamburg ein Jahr früher oder später anfängt. Die Bildungs-Diskussionen, die wir führen, dürfen wir nicht führen zwischen Hamburg, Niedersachsen, Bremen oder Schleswig-Holstein, sondern die Bildungs-Diskussion, die wir zu führen haben, ist ein Thema im Verhältnis zwischen Deutschland, Europa und dem Rest der Welt. Und deswegen gehört zur Bildungspolitik auch dazu, dass wir die Durchlässigkeit nicht nur zwischen den Schulformen haben, sondern auch zwischen den Bundesländern. Auch das kann mit dazu beitragen, dass Sie vernünftige Fachkräfte in Deutschland bekommen.

Und wenn man bei Fachkräften ist, dann sind wir schon im gnadenlosen Übergang zu dem großen Thema Forschung. Deutschland hat nicht viele Rohstoffe, also müssen wir uns alles andere entwickeln und erarbeiten. Und es ist doch eine bemerkenswerte Entwicklung: Alle jungen Menschen finden es großartig, ein Handy zu haben, ein Tablett PC, finden Autos nach wie vor faszinierend, aber immer weniger junge Menschen wollen die ingenieurwissenschaftlichen Berufe dafür ergreifen, um all die Dinge herzustellen. Da gibt es einen gewissen Unterschied. Und das, obwohl die jungen Leute heute häufig mehr Klingeltöne auseinanderhalten können als Laubbäume. Muss man wohl mal drüber nachdenken. Und deswegen ist es wichtig, dass man auf Forschung setzt. Und was wir in Deutschland brauchen, ist so etwas wie Forschungsoptimismus. Sie geben viel Geld aus, die deutsche Wirtschaft pro Jahr 60 Milliarden Euro. Der Bund hat sich vorgenommen, in dieser Legislaturperiode 12 Milliarden Euro insgesamt auszugeben. Aber all das Geld nützt nichts, wenn man nicht ein Bewusstsein hat für Technologie und Innovation. Und Forschungsoptimismus ist das, was wir brauchen, und es heißt eigentlich nichts anderes, als davon überzeugt zu sein, dass es morgen besser werden kann als heute. Wer wüsste das besser als ein FDP-Vorsitzender.

Aber es gehört eben auch zu der Kernaufgabe von Forschungspolitik, sich mit den Fortschrittsgegnern auseinanderzusetzen, die wir zunehmend in Deutschland haben. Fragen Sie mal einen jungen Gen-Techniker, was der von der deutschen Politik hält, gleich von welcher Partei: Der fühlt sich nicht angenommen und der wird gehen. Und das bedeutet, wir verlieren Wissenschaftler, Forschung, Innovation, Know-how auf wichtigen Gebieten wie der Medizin. Und wer so mit seinen Ingenieuren umgeht, mit seinen Technikern umgeht, der darf sich nicht wundern, dass wir immer weniger Innovationen hervorbringen im Vergleich zu anderen Staaten, die nicht auf uns warten, sondern diesen Fortschrittsoptimismus, diese Dynamik tagtäglich zeigen. Da haben wir einen enormen Nachholbedarf, deswegen ist Forschung ungemein wichtig und geht weit über die Frage Forschungsgelder selber hinaus. Trotzdem investieren wir natürlich, insbesondere in dem Bereich Luft- und Raumfahrt. Ich sage das immer wieder, weil wir gerade Haushaltsberatung hatten und die Opposition wollte mir alle meine Gelder für Luft- und Raumfahrt streichen. Das sind über 1,1 Milliarden Euro pro Jahr. Mit dem Hinweis, da würde man doch nichts Vernünftiges mit erforschen können. Ich sage es hier an einem großen Airbus-Standort ausdrücklich. Das, was für den Bereich Luft- und Raumfahrt erforscht wird, ist nicht nur für die eine Branche, sondern das Thema Leichtbau spielt in allen anderen Branchen eine große Rolle. Wer also Wachstum verstetigen will, den Wachstumskurs fortsetzen will, der muss weiter auf Forschung und Technologie, Innovation setzen und darf sich dann nicht mit polemischen Sprüchen abgeben, Raumfahrt nützt uns nicht und

Luftfahrt nützt uns nichts. Das Gegenteil ist nämlich der Fall. (Applaus)
Vertreter von EADS?

Der dritte Bereich ist „Neue Märkte, neue Chancen“. Es geht zunächst einmal insgesamt um neue Märkte. Als ich noch Landesminister war, habe ich versucht, ordnungspolitisch nicht ganz sauber, für die Werften, die wir damals noch hatten, Aufträge zu ergattern, bin durch die Länder gefahren und habe versucht, unsere Schiffe, auch U-Boote, zu verkaufen. Ich musste dann feststellen, überall, wo ich Termine hatte, waren bereits französische Kollegen, italienische Kollegen. Und deswegen gehört zu einer guten Wirtschaftspolitik, zur Verstetigung des Wachstums die strategische Erschließung neuer Märkte, nicht nur Brasilien, Russland, Indien, oder China, sondern eben auch die anderen Staaten, Malaysia, Kolumbien, Mexiko oder Vietnam. Alles Staaten, die eine große Bevölkerung haben und damit einen zukünftigen sehr großen Binnenmarkt, die ein enormes Wachstum haben, weil sie eine enorme Dynamik haben, eine sehr junge Bevölkerung. Und darauf müssen wir uns als deutsche Wirtschaft konzentrieren.

Und ich sage das ausdrücklich: Nicht nur der Wirtschaftsminister muss diese Zielsetzung haben, sondern auch der Bundesaußenminister, der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und all die anderen Kollegen von Forschung bis Justiz. Weil es eine strategische Ausrichtung einer Bundesregierung sein muss, sich neue Märkte zu erschließen. Viele Dinge laufen in anderen Staaten sehr eng miteinander zusammen. Ich habe mir sagen lassen – ich kann das nicht bestätigen –, wir würden das nie machen. Und es gibt Gerüchte, dass man anderen Wirtschaftsministern schon gesagt hat, ja klar, wir schließen mit dir Verträge ab, wenn wir übermorgen bessere Visa-Bedingungen kriegen. Würden wir nie machen, aber es zeigt doch, wie auf den Weltmärkten agiert wird, und wir müssen zumindest den Fuß in die Tür kriegen für unsere deutsche Wirtschaft. Aber wem sage ich das, hier in Hamburg, bei dem großen Hamburger Hafen als Drehscheibe für Asien, Afrika, für Amerika. Der Hamburger Hafen ist übrigens einer der größten Arbeitgeber für Niedersachsen. Der größte Arbeitgeber nach Volkswagen. Ich sage das deshalb, weil Sie damit implizieren dürfen, dass wir um die Bedeutung erstens des Hafens wissen und deswegen auch um die Bedeutung einer Fahrrinnenanpassung, weil es da nicht nur um Hamburg und die Hamburger Arbeitsplätze geht, sondern es geht auch um Niedersachsen und niedersächsische Arbeitsplätze. Muss man an der Stelle auch mal sagen.

Aber neue Märkte bedeutet nicht nur im Ausland für Deutschland, den Fuß in die Tür zu bekommen und das möglichst strategisch, sondern neue Märkte bedeutet auch, die Chancen zu nutzen, die wir im Inland haben. Es gibt auch hier neue Märkte. Zum Beispiel das Thema Digitale Welt. Und es wird oft eher begleitet von Innenpolitikern, weil man sich Sorgen macht um die Datensicherheit. Und von Justizpolitikern, da geht es um die Frage Datenschutz. Aber viel zu wenig von Wirtschaftspolitikern. Das, was wir im Bereich Digitale Welt haben, ist eigentlich der zukünftige Markt, der zukünftige Motor auch für das Wachstum in Deutschland. Jeder von uns ist schon längst in der digitalen Welt unterwegs im Alltag, egal ob jung oder alt. Viele stellen sich die Frage, wie sicher sind meine Daten? Das ist wichtig. Aber welche neuen Möglichkeiten haben wir? Heute Morgen habe ich den Handelskongress in Berlin eröffnen dürfen. 26 Milliarden Euro Jahresumsatz im Internet für den Einzelhandel, das zeigt, welche Bedeutung diese Branche zwischenzeitlich hat und dass es die Aufgabe von Wirtschaftspolitik ist, diesen neuen Markt zu erkennen, mit den beteiligten Partnern zu definieren und auch vernünftige Regeln und Regulierungen auf diesem

Markt mit aufzusetzen. Wir sind dabei, jetzt im November das Thema Medien-Wirtschaft, gerade für die Stadt Hamburg besonders wichtig, aufzugreifen. Und zwar Medien nicht in dem Sinne, wie das Politiker häufig verstehen: Wie diskutieren wir mit denen? Wie werden wir wahrgenommen? Wie möchten wir gerne wahrgenommen werden? Sondern Medien als ein knallharter Wirtschaftsfaktor. Hier geht es um Standorte, hier geht es um Arbeitsplätze, kluge Regulierung, ob nun Leistungsschutzrecht auf der einen Seite oder Cookie-Regulierung auf der anderen. Man muss auch diese Frage wirtschaftspolitisch betrachten, wenn man die neuen Märkte für sich und die Unternehmen in Deutschland erschließen will, sonst geht dieser Markt, diese Branche vollkommen an unserem Land vorbei.

Und wenn es um Regulierung geht, dann müssen wir auch über die Regulierung der Finanzmärkte diskutieren. Wenn es einen Vertrauensverlust der Menschen gibt in die soziale Marktwirtschaft, dann können wir das festmachen an der Diskussion aktuell über die Regulierung der Finanzmärkte. Und das gilt nicht nur für die ganz normalen Menschen, die sich nicht täglich mit Wirtschaftspolitik auseinandersetzen, sondern natürlich auch für Unternehmerinnen und Unternehmer. Als Vertreter der FDP würde ich mit Sicherheit nicht den Fehler machen und jetzt mit Banken-Bashing – schreckliches Wort, aber Sie wissen, was ich meine – anfangen, das wäre mir zu platt. Aber man muss sich zumindest die Frage stellen, welche Aufgabe haben denn Finanzmärkte für die ganz normalen Unternehmen in Deutschland, also in der Realwirtschaft? Sie haben doch die Aufgabe, so sind sie ursprünglich entstanden, Liquidität immer und zu jeder Zeit zur Verfügung zu stellen. Das ist die Kernaufgabe, also quasi eine dienende Funktion. Und wenn man sich dann manche Dinge ansieht, dann muss man feststellen, auch kritisch feststellen, dass sich vielleicht die Finanzmärkte ein Stück weit von dieser rein dienenden Funktion entfernt haben, verselbstständigt haben und Dinge auf den Weg gebracht haben, die nur noch ganz wenige verstehen und die deswegen vielen Menschen Angst machen und die nicht ungefährlich sind. Und zwar nicht nur für Unternehmen, die solche Instrumente nutzen, Derivate, die sonst keiner versteht, sondern für eine gesamte Weltwirtschaft. Wir haben das in Ansätzen gesehen 2008, da gab es private Schulden, die wurden schön verpackt und weltweit gestreut. Mit der Folge, wie wir sie alle erlebt haben. Dann hat man sich versprochen 2008, diesen Fehler machen wir nie wieder. Wir werden die Finanzmärkte künftig besser regulieren. Und hat dann sehr schnell dieses Versprechen vergessen, weil es schon 2009, 2010, 2011 wieder super lief. Jetzt wird es schwieriger.

Jetzt besinnt man sich wieder genau auf diese Thematik. Und es ist richtig, dass man sich auf diese Thematik besinnt. Ein bisschen Finanzmarktregulierung, ein geordnetes System ist eben im Kern die Grundüberzeugung auch der sozialen Marktwirtschaft. Der geordnete Markt mit Freiheit und Verantwortung – also Handeln und Haftung – gehören wieder zusammen. Und das ist die Aufgabe für Politik, sich genau um dieses Thema in den nächsten Monaten zu kümmern. Wir brauchen mehr Transparenz auf den Märkten. Deswegen müssen auch die ganzen Derivate, die tollen Produkte, so gehandelt werden, dass wir sie überblicken, kontrollieren und beaufsichtigen können. Wir müssen uns die Frage stellen, warum müssen eigentlich Staatsanleihen nicht auf das Eigenkapital angerechnet werden? Wir haben doch jetzt gerade in den letzten Monaten gesehen, wie gefährlich diese Anleihen sind. Und das Wort ‚systemrelevant‘ ist ja auch so ein schreckliches Wort, man meint damit ja große Banken, Institutionen, Einrichtungen, aber in Wahrheit systemrelevant sind doch unsere Unternehmen. Und die leiden unter den

bisherigen Regeln, weil es bisher immer günstiger war, Staatsanleihen zu kaufen, als Unternehmerkredite zu vergeben. Die werden nämlich risikogewichtet auf das Eigenkapital angerechnet. Und weil man das ändern möchte und möchte, dass die Realwirtschaft wieder eine Chance hat, deshalb muss man zum Beispiel auch diese Frage aufgreifen. Unsere Forderung ist es, eben auch Staatsanleihen künftig risikogewichtet auf das Eigenkapital anrechnen zu lassen, damit es wieder einen Anreiz gibt, wegzugehen von den Staatsanleihen und wieder hinzugehen zu ganz normalen Unternehmerkrediten. Das ist die Aufgabe von Finanzmärkten und das wird auch die Rolle von Wirtschaftspolitik in den nächsten Monaten sein. Warum? Ludwig Erhard hat das Kartellrecht als wesentlichen Baustein in das Fundament der sozialen Marktwirtschaft eingezogen. Und den Erfolg damit begründet. Und wie damals das Kartellrecht ein wesentlicher Baustein gewesen ist im Sinne von Regulierung, fairer Wettbewerb, in einem solchen Sinne muss man jetzt auch eine Regulierung der Finanzmärkte verstehen. Das ist eine genauso große Aufgabe wie die Einführung des Kartellrechtes für die Wirtschaftspolitik im Sinne der sozialen Marktwirtschaft. Denn wenn das nicht gelingt, dann wird das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft weiter verloren gehen zum Schaden aller in der Wirtschaft, und dann wird es auch nichts mehr mit dem Wachstumskurs, wie wir ihn fordern.

Dass das so ist, dass man immer weniger Vertrauen hat in die soziale Marktwirtschaft, erkennen Sie an der aktuellen Diskussion, die Sie schon zumindest angedeutet haben, nämlich eine Diskussion über Mindestlöhne. Wir sind davon überzeugt, dass wir in den letzten 60 Jahren hervorragend mit der sozialen Marktwirtschaft gefahren sind in Deutschland. Sie war der Begründer unseres Wohlstandes, so wie wir ihn hier erleben. Ganz schick. Und es gibt eine klare Aufgabenteilung in der sozialen Marktwirtschaft. Der Staat setzt die Regeln, aber die Löhne beispielsweise, die handeln die Tarifpartner richtigerweise untereinander aus und die setzt eben nicht der Staat fest. Das ist übrigens auch kein Zeichen von Stärke der Gewerkschaft, wenn man selber sagt, wir können keine auskömmlichen Löhne mehr verhandeln, deswegen lieber Staat, nimm du das in die Hand. Ich sage Ihnen aber: Der kann es auch nicht besser. Und es wäre falsch, wenn der Staat plötzlich die Löhne festlegen würde, denn wir legen ja auch nicht Ihre Unternehmensgewinne selber fest, sondern das muss man ein Stück weit dem Verhandlungsgeschick der Tarifpartner überlassen, oder wie es so schön heißt, dem freien Markt. Das ist eine Kernaussage und es hat uns in den letzten 60 Jahren den Wohlstand gebracht, hat zudem zu enormen Wachstumszahlen auch der letzten beiden Jahre geführt. Übrigens auch zu den guten Arbeitsmarktdaten, das heißt, wir brauchen keine staatliche Lohnfestsetzung, auch nicht durch die Hintertür.

Und das ist das Prinzip. Man versucht als Staat den Rahmen zu setzen so wie bei den Finanzmärkten, aber nicht sich selber einzumischen. Stellen Sie sich mal vor, alles, was gut wäre, müsste der Staat machen. Das wäre eine Katastrophe, sage ich Ihnen, so als Liberaler. Stellen Sie sich mal vor: Der Übersee-Club ist ja gegründet worden, damit Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur sich untereinander austauschen können. Großartige Einrichtung. Jetzt könnte man sagen, großartige Einrichtung, alles, was gut ist, muss der Staat machen, also muss es künftig der Staat organisieren. Was würden Herr Müller-Sönksen, Frau Canel und Frau Suding dann machen? Das, was Politiker am besten können, ein Gesetz. Das heißt dann, deutsches Übersee-Club Aufbau-, Durchführungs- und Qualitätssicherungsgesetz, kurz: DÜCADQSG. Sie brauchen dann nicht nur dieses Gesetz, sondern Sie kriegen dann auch gleich Verordnungsvorschriften, die genau zu klären haben, wann wir hier reinkommen

haben, wie wir zu sitzen haben, wie der Monitor auszurichten ist. Und Sie bräuchten deswegen nicht nur das Personal, dass das ja alles dankenswerterweise organisiert hat, sondern Sie bräuchten natürlich das doppelte Personal: einmal zum Organisieren und dann auch zum Kontrollieren der gemachten Verordnungen und Vorschriften. Wenn Sie das doppelte Personal haben, müssen Sie das auch bezahlen. Das ist wie bei Ihnen im Unternehmen. Dann müssen Sie mehr Geld haben. Das riecht nach Beitragserhöhung. Oder wenn es der Staat macht: Steuererhöhungen. Das heißt also, es ist wichtig, dass es Menschen gibt, die sagen: „He, ich brauche nicht den Staat, der für mich ein Gesetz macht, damit irgendetwas Gutes passiert, sondern ich mach es selber.“ Das ist urliberale Auffassung und der Kern auch der sozialen Marktwirtschaft in der Diskussion um den Mindestlohn, aber auch in der Diskussion um die Regulierung der Finanzmärkte. Und Subsidiarität – die Definition bin ich noch schuldig geblieben – heißt eben nicht, dass wir uns streiten auf europäischer Ebene mit der Bundesebene, von der Bundesebene auf die Landesebene, und von der Landesebene mit der Kommune. Sondern Subsidiarität heißt am Ende, dass gesellschaftliche Lösungen immer besser sind als staatliche Lösungen.

Und das ist der Kerngedanke, der Kernwert der sozialen Marktwirtschaft. Und wenn wir wollen, dass wir Wachstum verstetigen und in Zukunft weiter fortsetzen, dann müssen wir uns nur auf genau diesen „Kernwert“ besinnen und ihm wieder zu Stärke verhelfen, dazu brauchen wir einen inneren Kompass. Nicht nur durch den Staat, sondern durch die Menschen.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Einladung. ■